

4.2 Kurzüberblick über Gender Budgeting Initiativen und Projekte in Österreich – von Christine Mayrhuber

Zu Beginn des Jahre 2006 sind in Österreich einige Projekte und Initiativen zum Gender Budgeting vorhanden, die nachfolgend kurz vorgestellt werden. Dabei muss allerdings festgehalten werden, dass eine lückenlose Darstellung aller Aktivitäten im Bereich des Gender Budgeting nicht möglich ist. Zum einen gewinnt in der Verwaltung auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene Gender Budgeting an Bedeutung, die Aktivitäten dazu werden für Verwaltungsexterne nicht dokumentiert. Zum anderen ist die Zurechnung von Projekten zum Gender Budgeting bzw. die Bezeichnung von Aktivitäten als Gender Budgeting nicht immer eindeutig möglich.

Nicht alles was als Gender Budgeting bezeichnet wird zielt auf politische Veränderung in Richtung Gleichstellung der Geschlechter. In Österreich ist derzeit der inflationäre Gebrauch des Begriffes seitens politischer Entscheidungsträger zu beobachten. Frauen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Interessenvertretungen fanden sich daher zur *Watchgroup. Gender & öffentliche Finanzen* zusammen. Die *Watchgroup* bildet sowohl ein Expertinnenpool für Gender Budgeting als auch eine zivilgesellschaftliche Organisation mit dem Ziel, Mindeststandards¹ an Gender Budgeting Projekten anzulegen.

Die nachfolgende Darstellung der österreichischen Projekte ist zweigeteilt. Die zivilgesellschaftlichen Arbeiten zum Thema, durch die Konzepte und Methoden des Gender Budgeting in Österreich eingeführt und systematisiert wurden, sind im ersten Teil wiedergegeben. Der zweite Teil der Projekte bezieht sich auf jenen Bereich, wo die öffentliche Hand oder politische Parteien Gender Budgeting Aktivitäten setzt.

Der Kurzüberblick der Gender Budgeting Aktivitäten erfolgt anhand eines einheitlichen Analyserasters: (1) Explizite und/oder implizite Zielstellungen des Projektes, (2) Zielgruppe an die sich das jeweilige Projekt wendet, (3) Analyseergebnisse die nur kurz dargestellt werden und (4) eine generelle Einschätzung aus der Perspektive der *Watchgroup. Gender & öffentliche Finanzen*.

Was ist Gender Budgeting

Ein erster Schritt hin zum Gender Budgeting ist das Sichtbarmachen der Zusammenhänge zwischen Budgeteinnahmen und/oder Budgetausgaben und konkreten Personen: Wer leistet die (Steuer)beiträge und wem kommen die angebotenen Leistungen zu Gute. Die Leistungsanalyse auf der Staatsausgabenseite bezieht sich dabei auf das gesamte Spektrum der Budgetausgaben von Bauinvestitionsausgaben über öffentliche Dienstleistungen wie beispielsweise Bildung bis hin zu konkreten Sozialtransfers: Welche Leistungen werden seitens der öffentlichen Hand angeboten. Daran anschließend stellt sich die Frage, welche Anreizwirkungen von der Budgetstruktur – also den angebotenen Leistungen – ausgehen. Diese Anreizwirkungen beziehen sich sowohl auf die Beschäftigungs- und Einkommenseffekte im öffentlichen Dienst als auch auf die Leistungsbeziehungen. Zur Durchführung der bisher genannten Schritte braucht es neue Informationen, die mit der Erstellung neuer Datengrundlagen einhergehen muss. Dabei geht es um die Verbindung der Budgetausgabenposten mit konkreten Personen, an die Leistung erbracht wird.

Diese Verkettung ist eine wichtige Voraussetzung für das Gender Budgeting, die Erstellung einer entsprechenden Datenbasis selber bedeutet aber noch nicht Gender Budgeting. Eine Informations- bzw. Datenbasis für das Gender Budgeting beschränkt sich auch nicht auf die getrennte Erfassung von Frauen und Männern in den Statistiken. Vielmehr braucht es neu zu entwickelnde Indikatoren zur Erfassung der unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern in entsprechenden Altersgruppen. Um nicht im „Sex-Counting“ stecken zu bleiben bedeutet eine geschlechtssen-

¹ http://www.beigewum.at/_TCgi_Images/beigewum/20050421170240_watchgroup_qualitaetssicherung.pdf

sible Statistik die Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Unterschiede in den Ressourcen (Zeit und Geld), den Zugangsbeschränkungen und Bedürfnissen (*Wroblewski/Leitner/Steiner, 2005*).

Neben den Inhalten des Budgets ist der Budgeterstellungprozess selber ebenfalls Gegenstand des Gender Budgeting. Transparente Mechanismen und Einflussfaktoren braucht es, um Ansatzpunkte für Veränderungen zu erarbeiten.

Die Darstellung und Abgrenzung dessen was Gender Budgeting ist, wird anhand der Zielsetzung deutlich: Es geht um Verankerung von Gleichstellungspolitik, es geht um gesellschaftspolitische Veränderungen in Richtung Gleichverteilung von Ressourcen, Chancen und Möglichkeiten.

Budgetfragen treten in den Vordergrund

Seit der 2. Hälfte der 90iger Jahre sind öffentliche Haushalte (Bund, Länder, Gemeinden) mit enger werdenden finanziellen Handlungsspielräumen konfrontiert². Die Budgetdefizite werden als Begründung für Ausgabenkürzungen ins Treffen geführt. Spätestens seit der Zielsetzung der Bundesregierung, für das Jahr 2000 ein Nulldefizit zu erreichen und den damit verbundenen Ausgabenkürzungen, erreichte das Thema Budget eine bereite Öffentlichkeit. Die Auswirkungen der Sparprogramme traten ebenso in den Vordergrund wie die unterschiedlichen Auswirkungen der Ausgabenkürzungen auf verschiedene Gruppen in der Bevölkerung.

Das Buch „Mythos Nulldefizit. Alternativen zum Sparkurs“ (Beigewum, 2000) bildete einen Gegenpol zum allgemeinen Einsparungs- und Abschlankungsdiskurs. Die Verteilungsfrage der Staatsausgaben und die Verteilungswirkungen der Ausgabenkürzungen gewannen an Bedeutung. Die steigenden Verbrauchsabgaben und die Kürzungen bei Sozialleistungen trafen unterschiedliche Bevölkerungsgruppen unterschiedlich, aber im Durchschnitt Frauen stärker als Männer.

4.2.1 ZIVILGESELLSCHAFTLICHE INITIATIVEN ODER WIE GENDER BUDGETING NACH ÖSTERREICH KAM

Die jüngsten Budgetkonsolidierungen und die damit verbundenen Sparprogramme bzw. die Wirkungen von Sparprogrammen waren in Österreich eine Initialzündung für Gender Budgeting. Aufgrund der Auswirkungen der Sparprogramme trat die Frage in den Mittelpunkt, wie staatliche Budgets (abseits von Sparprogrammen) auf Frauen und Männer wirken. Die unterschiedliche gesellschaftliche, wirtschaftliche und soziale Positionierung von Frauen und Männer, Kinder und ältere Menschen, führt zu unterschiedlichen Betroffenheiten staatlicher Aktivitäten.

A) FRAUEN MACHT BUDGETS!

Ende der 90iger Jahre gab es in Österreich Einzeldiskussionen bzw. Einzelarbeiten zum Thema Budgets und deren unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer. Mit dem Regierungswechsel hin zur Schwarz-Blauen Koalition initiierte Christa Schlager einen Arbeitskreis bestehend aus Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlerinnen von Universitäten, Interessenvertretungen, Verwaltung und Forschungsinstitutionen, der sich dem Thema Budget und Frauen über zwei Jahre lang systematisch widmete. Die Ergebnisse des Arbeitskreises sind im Buch „Frauen macht Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive“ (Beigewum, 2002) festgehalten, das 2002 erschienen ist.

I Zielsetzung: Die Zielsetzung des Buches bzw. die inhaltliche Ausrichtung ist breit angelegt. Die zentralen Bestandteile des Buches bestehen in der Klärung des Konzepts von Gender Budgeting; einem Überblick über die bis dato vorhanden internationale Erfahrungen; einer Einbettung des An-

² Stichwort Maastrichtkriterien/Konvergenzkriterien: Zielvorgabe für u.a. die Budgetkonsolidierung: Anteil der jährlichen Neuverschuldung darf höchstens 3% des BIP sein. Staatsschulden sollen max. 60% des BIP betragen.

satzes in die theoretisch-feministische Diskussion; einer Analyse der Möglichkeiten aber auch Grenzen von GB-Analysen; einem Ausloten des GB im Hinblick auf die Funktion eines neuen feministischen Politikansatzes. Darüber hinaus wurden zum ersten Mal für Österreich Bundesbudgetausgaben einer Gender Budgeting-Analyse unterzogen: die Bildungsausgaben, die Förderungen von expliziten Frauenorganisationen und die Ausgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik wurden auf ihre direkten und indirekten Wirkungen hin untersucht. Im letzten Teil des Buches sind Ansatzpunkte erarbeitet, wie in Österreich das Gender Budgeting auf den Weg zu bringen ist.

II Zielgruppe: Die Zielgruppe des Buches sind interessierte Frauen und Männer aus Verwaltung, Wissenschaft, Politik und Praxis. Ihnen wird sowohl eine Einführung in die Thematik gegeben, die politische Notwendigkeit des Ansatzes vor Augen geführt und erste Schritte in Richtung Gender Budgeting gegeben. Jedenfalls ist das Buch eine Aufforderung an politische EntscheidungsträgerInnen, sich aktiv um die Geldflüsse im jeweiligen politischen Kontext zu kümmern und Gender Budgeting als Instrument der aktiven Einmischung und Mitgestaltung zu verstehen.

III Analyseergebnisse: Neben den exemplarischen Analysen (Bildungsausgaben etc.) wird im Buch folgendes gezeigt:

- Budgets sind keine neutralen Werkzeuge sondern Budgets sind in Zahlen gegossene Gesellschaftspolitik. Dadurch ist die Mit- bzw. Umgestaltung öffentlicher Budgets zentraler Bestandteil von Gleichstellungspolitik.
- Gender Budgeting ist keine technische Übung des Zahlensammelns und Auswertens. Gender Budgeting braucht klare gesellschaftspolitische Zielsetzungen um als emanzipatorisches Instrument eingesetzt werden zu können.
- Gesellschaftliche Veränderungen brauchen aber nicht nur andere Schwerpunktsetzungen im Budget sondern auch andere – demokratische – Budgeterstellungprozesse.
- Gesellschaftspolitische Veränderungen im Sinne einer verteilungsgerechteren Gesellschaft (Verteilung von Ressourcen, Zeit, Macht, Verantwortung, Chancen) sind mit einer Neudefinition der Aufgabenerfüllung durch die Öffentliche Hand verbunden. Eine Reduktion an öffentlichen Gütern und Dienstleistungen, führt zu einer Mehrbelastung der Leistungserstellung im Haushaltskontext (unbezahlte Reproduktionsarbeit zu Lasten von Frauen).
- Zivilgesellschaftliche Gender Budgeting Initiativen zielen auf eine Neupositionierung der Staatsaufgaben und damit der Stateinnahmen und Staatsausgabenseite ab. Dies geht einher mit einer Transformation des Staates im Sinne einer stärkeren demokratischen Mitgestaltung von Frauen unter anderem bei der Zielsetzung und Strukturierung von Stateinnahmen und der Verwendung von Staatsausgaben, sowie beim Zugang zu - und der Kontrolle von öffentlichen Budgets.

IV. Einschätzung

- Das Buch bietet eine Einführung und Hinführung zum Thema Gender Budgeting, seinen Möglichkeiten und Grenzen und seiner makroökonomischen Einbettung.
- Weiters enthält es wichtige theoretische Grundlagen. Es zeigt auf, dass es aus feministischer Sicht eine Erweiterung des ökonomischen Denkens auf jene Zusammenhänge braucht, die nicht über bezahlte Märkte stattfinden. Es braucht eine Integration jener Bereiche, die als Rahmenbedingung bzw. Voraussetzung für unser marktwirtschaftliches System dienen.
- Im Buch sind auch die Grenzen von Gender Budgeting aufgezeigt, Grenzen der gesellschaftlichen Veränderungen über Gender-Budgets. Ausgehend von der These, dass Staatenbildung ein Produkt der Kriegsführung ist (Michalitsch, 2001), stoßen institutio-

nelle Reformen ebenso an Grenzen, wie Budgets nur bis zu einem bestimmten Ausmaß demokratisiert werden können³.

Insgesamt lenkte die Publikation des Buches die Aufmerksamkeit von Menschen aus verschiedensten Bereichen auf das Thema, vor allem jener, die sich bereits zivilgesellschaftlich mit den Themen Demokratisierung, Emanzipation, Empowerment befasst waren/sind. Das Buch stellt einen wichtigen **Impuls** wie auch eine weitere Forcierung des Themas in Österreich dar. Die Fragen und Diskussionen darüber, wie Gender Budgeting jetzt angegangen werden kann, gewann an Bedeutung.

B) GENDER BUDGETING HANDBUCH

Eine Gruppe von Frauen arbeitete im Anschluss an den GB-Arbeitskreis des BEIGEWUMS an der Umsetzung und Implementierung von Gender Budgeting weiter: Daraus entstand Mitte 2004 eine weitere Publikation „Gender Budgeting. Handbuch zur Umsetzung geschlechtergerechter Budgetgestaltung“ (Bergmann/Gubitzer/Klatzer/ Klawatsch-Treitl/Neumayr, 2004).

I Zielsetzung

- Konkretisierung von Gleichstellungspolitischen Ansätzen mittels Gender Budgeting. Wie kann GB in der Praxis eingesetzt und umgesetzt werden.
- Verschränkung von GB mit der politischen Ebene, wo es darum geht, zugrunde liegende Macht- und Interessenskonstellationen zu verändern.
- Wie kann GB zur Ermächtigung (Empowerment) von Frauen beitragen:
 - „power from within“: Selbstsicherheit und Selbstwert stärken,
 - „power to“: Möglichkeiten und Wege eröffnen,
 - „power with“: Stärke durch gemeinsames Vorgehen sowie
 - „power over“: bisher Männern vorbehalten Gebiete erschließen.

II Zielgruppe: Die Zielgruppe sind Engagierte und Interessierte, die sich in ihrem Arbeits- Lebensumfeld in Budget- und Finanzfragen aktiv einmischen wollen.

III Analyseergebnisse: Die wichtigsten Ergebnisse sind das Auffinden und Aufzeigen von Ansatzpunkten und Möglichkeiten, wie GB auf lokaler oder regionaler Ebene angegangen bzw. umgesetzt werden kann (Handbuch Gender Budgeting, 2004, 35 ff.):

- 1) Analyse eines Budgetkapitels anhand der Fragestellung, wer die direkten und indirekten NutznießerInnen der öffentlichen Ausgabe sind;
- 2) Zielorientierte Budgetanalyse anhand klarer gesellschaftspolitischer Zielvorstellungen;
- 3) Analyse von budgetpolitischen Entscheidungsprozessen zur Erfassung formeller und informeller Einflusskanäle und Machtstrukturen;
- 4) Geschlechtsspezifische Zeitbudgetanalysen zur Erhebung und Bewertung der bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen Frauen und Männern;
- 5) Strategien der Institutionalisierung von Gender Budgeting durch politische Grundlagenschlüsse;
- 6) Sichtbarmachen von schiefen Geschlechterverhältnissen anhand von Größenordnungen, Relationen und Ungleichheiten in der Mittelverteilung;
- 7) Erfassen von direkten Beschäftigungseffekten öffentlicher Ausgaben;
- 8) Bewertungsmaßstäbe (Zielindikatoren) suchen, herleiten, festlegen,

³ Beispielsweise die Vergeldlichung aller Markttransaktionen oder das Prinzip der Bepreisung.

- 9) eine schematische Erfassung aller Budgetbereiche anhand eines *Gender Budget Statement*, einer geschlechtssensiblen Budgeterklärung.

IV Einschätzung: Es ist ein Handbuch für PraktikerInnen und zeigt auf, dass es im Grunde keine Einstiegsbarrieren gibt, um sich mit Budget- und Finanzfragen zu beschäftigen. Mit Gender Budgeting kann überall dort begonnen werden, wo sich Interessierte im institutionellen Gefüge befinden. Das Handbuch zeigt, wie Ansatzpunkte zur Einmischung gefunden und gestaltet werden können. Neben diesen beiden Publikationen gab es eine Frauenringvorlesung an der Wirtschaftsuniversität Wien, die ebenfalls in einer Veröffentlichung festgehalten ist (*Gubitzer/Trukteschitz, 2004*). Daneben gab es noch zahlreiche Diskussionsveranstaltungen und Aktivitäten, wie beispielsweise einen Workshop zum Thema vom Verein Joan Robinson (zur Förderung der geschlechtergerechten Verteilung von Wissen).

4.2.2 STAATLICHE INITIATIVEN

In der jüngsten Vergangenheit haben sich Parteien, Regierungen (Bezirk, Land, Bund) etc. dem Thema angenommen. Wie eingangs vermerkt, sind nicht alle Aktivitäten auf der Verwaltungsebene von außen einsehbar, die nachfolgende Darstellung der Gender Budgeting Projekte erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, wiewohl die wichtigsten kurz dargestellt werden.

A) GENDER BUDGETING IM BUNDESHAUSHALT

A.1) Studie „Steuersystem geschlechtsneutral“ BMF

Die Gender Mainstreaming Arbeitsgruppe im Bundesministerium für Finanzen erstellte eine Studie mit dem Titel: „Ist das österreichische Steuersystem tatsächlich geschlechtsneutral?“ (*BMF, 2002*).

I. Zielsetzung: Eine Analyse der Lohnsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge bzw. die Klärung, ob die beiden Abgaben die Einkommensungleichheiten zwischen Frauen und Männer vergrößern oder verkleinern helfen.

II. Zielgruppe: Arbeitsunterlage für die Verwaltung und die interessierte Öffentlichkeit⁴.

III. Analyseergebnisse: Geschlechtsneutral formulierte Gesetzestexte bzw. Steuertarife und Sozialversicherungsbeiträge haben andere Auswirkungen auf Frauen und Männer. Die progressive Lohnsteuer verringert den Vorsprung der Männer gegenüber den Frauen beim Nettobezug. Die Sozialversicherungsbeiträge haben eine gegenteilige Wirkung: Während Männer ein um 60% höheres Durchschnittseinkommen haben als Frauen, zahlen Männer nur um 48% mehr Sozialversicherungsbeiträge als Frauen.

IV. Einschätzung

- Die Arbeit zeigt deutlich den Unterschied zwischen formeller/juristischer Gleichstellung und de facto Gleichstellung von Frauen und Männer. Gender Budgeting ist ein Analyse-rahmen, der die Lebenslagen in die (Steuer)Politik mit einbezieht. Die Studie ist ein deutlicher Hinweis auf die Wichtigkeit, dass eine gendergerechte (Steuer)Politik an diesem Sachverhalt anknüpfen muss.
- Diese Analyse seitens des Finanzressorts sollte jedenfalls auf alle Bereiche der direkten und indirekten Steuern sowie Abgaben und Gebühren ausgeweitet werden. Insbesondere

⁴ <https://www.bmf.gv.at/finanzministerium/dasfinanzministerium/gendermainstreaming/gender.pdf?q=geschlechtsneutral>

re ist die Verteilungswirkung der Verbrauchssteuern zu wenig analysiert. Hier ergibt sich ein großes Betätigungsfeld für das Finanzministerium.

A. 2) Pilotprojekt Gender Budgeting in der Bundesverwaltung

Das Pilotprojekt „Gender Budgeting in der Bundesverwaltung – am Beispiel des Drogenbudgets“ wurde Anfang März 2005 vom BM für Gesundheit und Frauen BMGF in Auftrag gegeben und wurde Anfang Februar 2006 von den Auftragnehmerinnen fertig gestellt.

I. Zielsetzung: Die Zielsetzung ist dreierlei:

- 1) Anhand eines Budgetposten im Bereich Drogen und Suchtmittel (Förderungen an Sucht-hilfeeinrichtungen) wird für die geförderten Einrichtungen im Raum Oberösterreich und Wien Gender Budgeting durchgeführt (welche Leistungen werden angeboten, wer bean-sprucht sie, welche Problemlagen haben die NutzerInnen etc.)
- 2) Erarbeitung eines Leitfadens als anwendungsorientierte Hilfestellung für die praktische Umsetzung von Gender Budgeting in der Verwaltung (Instrumente und Mindeststan-dards).
- 3) Ausarbeitung eines strategischen Gesamtplanes zur nachhaltigen Einführung von Gen-der Budgeting in der österreichischen Bundesverwaltung.

II. Zielgruppe: Politische Entscheidungsträger auf Bundesebene und in der Bundesverwaltung

III. Analyseergebnisse beziehen sich auf die drei oben skizzierten inhaltlichen Teile.

IV. Einschätzung

- Projekt wurde fertig bereits gestellt: Damit wird sich jetzt zum ersten Mal zeigen, welche grundsätzliche Gender Budgeting Zielsetzung der Bund bzw. das zuständige Bundes-ministerium hat bzw. wie ambitioniert ihre Gender Budgeting Vorhaben in der politischen Praxis sind. Das wird sich zum einen daran zeigen, wann und in welcher Form die Er-gebnisse veröffentlicht werden und zum anderen daran, wie die Ergebnisse, der Leitfa-den und der entwickelte strategische Gesamtplan Eingang in die politische Praxis fin-den. Die *Watchgroup. Gender* wird die kommenden Schritte jedenfalls mitverfolgen und kommentieren.
- Mit dem Projekt wurden Grundlagen zu Gender Budgeting geschaffen, die weit über den Bereich der Drogenberatung hinausgehen. Richtungsweisend für den Stellenwert von Gender Budgeting in der Bundesverwaltung ist auch die Frage, ob die Projektergebnisse nun im Drogenbereich als neues Prinzip in der Verwaltungsführung eingeführt werden, oder ob das Ministerium abermals ein kleines Pilotprojekt starten wird.
- Der Umgang mit den Ergebnissen wird jedenfalls richtungsweisend sein dafür, welche po-litische Nachhaltigkeit die Verankerung der neuen Haushaltszielbestimmung, der Aus-richtung der Haushaltsführung auf die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Män-nern, haben wird.

A. 3) Bundesvoranschlag

Alle Ressorts wurden vom Bundesministerium für Finanzen aufgefordert, im Rahmen des Bundes-voranschlags 2005 für einen ausgewählten Budgetposten eine Analyse aus der Geschlechterper-spektive durchzuführen und im Rahmen der Erläuterungen zum Bundesvoranschlag darzustellen. Die Ergebnisse waren hinsichtlich der Analysebreite oder Analysetiefe recht unterschiedlich, in den meisten Fällen gab es noch keine Ergebnisse, sondern Beschreibungen bzw. Absichtserklärungen.

Das **Bundeskanzleramt** gab im Arbeitsbehelf 2005⁵ den Hinweis, dass ihre Förderungen (Kunst und Sport) nach Geschlechtern registriert werden (was bis dato, Ende 2006, noch nicht umgesetzt wurde). Im Arbeitsbehelf 2006 sind Angaben über Frauen- und Männeranteile der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst sowie Teilzeitquoten festgehalten. Das **Innenministerium** erwähnte sowohl im Arbeitsbehelf 2005 als auch 2006 die neun Interventionsstellen gegen Gewalt, und nannten 5900 Betreuungsfälle in 2003, wovon 95% Frauen waren, im Arbeitsbehelf 2006 steht wieder der Hinweis auf die Interventionsstellen, ohne neuere Daten. Das **Bildungsministerium** nannte im Arbeitsbehelf 2005 ihre Projekte im Bereich des Gender Mainstreaming, im Arbeitsbehelf 2006⁶ gab es einen Hinweis auf die Unterrepräsentanz der Frauen in Forschungsprogrammen, sowohl bei den ForscherInnen als auch in den Entscheidungs- und Begutachtungsgremien, ohne den Hinweis zu quantifizieren.

A. 4) Haushaltsrechtsreform

Derzeit ist die geplante Haushaltsrechtsreform in Vorbereitung – die vorgeschlagenen Reformen des Bundeshaushaltsrechts in Richtung stärkere Wirkungsanalyse. Die wesentlichen Elemente des Entwurfes sind ergänzte Haushaltszielbestimmungen⁷, die Einführung eines vierjährigen, verbindlichen Finanzrahmens sowie die Neufassung der Grundsätze der Haushaltsführung (Wirkungsorientierung, Transparenz, Effizienz, getreue Darstellung der finanziellen Lage), die mit 2011 inkrafttreten sollen.

Die neue **Haushaltszielbestimmung** schreibt fest, dass Bund, Länder und Gemeinden (1) das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht sicherstellen (ausgerichtet auf eine konjunkturelle Perspektive) und für (2) nachhaltig geordnete öffentliche Haushalte sorgen müssen. (3) „Darüber hinaus ist die Haushaltsführung auf die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern auszurichten.“

Einer der vier neuen Grundsätze der Haushaltsführung bezieht sich auf die Wirkungsorientierung: „Eine wesentliche Ausprägung der Wirkungsorientierung stellt das Genderbudgeting dar, d.h. die Berücksichtigung des Zieles der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern im Rahmen der gesamten Haushaltsführung.“ (Steger, 2005, S7).

I. Zielsetzung: Weder der Ministerratsbeschluss noch die Reformvorschläge verfolgen eine erkennbare politische Zielstellung, es handelt sich um prozedurale Vorgaben und nicht um Inhalte. Einstweilen sind Absichtserklärungen vorhanden.

II. Zielgruppe: Budgetverantwortliche sowohl auf politischer als auch auf Verwaltungsebene.

III. Analyseergebnisse: Analyseergebnisse sind derzeit noch nicht vorhanden. Es beginnt eine Dokumentation darüber, wo Daten getrennt nach Frauen und Männer vorhanden sind, allerdings noch ohne Analyse der ohnehin spärlich vorhandenen geschlechtsdisaggregierten Daten.

IV. Einschätzung

- Die Aktivitäten beziehen sich auf juristische bzw. formale Aspekte. Inhaltlich hat das Finanzministerium diese Aktivitäten noch nicht konkretisiert. Es gibt bislang keine Zielvorgaben, keine zusätzlichen Ressourcen und keine institutionelle Verankerung dessen, was als Gender Budgeting bezeichnet wird.

⁵ https://www.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2005/Arbeitsbehelf_teil1.pdf

⁶ https://www.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2006/Arbeitsbehelf_teil1.pdf

⁷ „Haushaltsrechtsreform 2006“, Dr. Gerhard Steger, Leiter der Budgetsektion im BM für Finanzen, Wien 18. Nov. 2005.

- Vielmehr ist ein inflationärer Gebrauch des Begriffes Gender Budgeting auf Bundesebene vorhanden. Es herrscht ein Wettstreit um die Häufigkeit des Begriffes. Der Begriff und das Vorhaben des Gender Budgeting sind an keiner Stelle erläutert. Es gibt kein klares politisches Bekenntnis in welche Richtung Gender Budgeting mit den angestrebten Gesetzesänderungen gehen sollte.
- Da GB kein Instrument ist, das von der Verwaltung ohne genauere Vorgaben und Hilfestellungen ein- bzw. umgesetzt werden kann, wäre ein klares politisches Bekenntnis erforderlich, das aber nicht vorhanden ist.
- Die neue Haushalts-Zielbestimmung und der neue Grundsatz der Haushalts-Führung könnten im besten Fall einen Möglichkeitsraum eröffnen, der später mit konkreten Forderungen und Veränderungen zu füllen ist. Gleichzeitig sind die Handlungsspielräume für die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männer auch durch den innerösterreichischen Stabilitätspakt begrenzt.
- Die fehlende politische Zielsetzung und die fehlenden Ressourcen auf Bundesebene bergen die Gefahr, dass Gender Budgeting zu einer Zusatzübung für die Verwaltung degradiert.

A. 4) Bundesverfassung

Vorschläge für eine grundlegende Staats- und Verfassungsreform wurden im Österreich-Konvent erarbeitet und im Jänner 2005 dem Parlament präsentiert. Darin enthalten sind die Reformvorschläge im Bereich der Finanzverfassung. Die Grüne Partei brachte das Thema Gender Budgeting im zuständigen Ausschuss ein. Durch den Einsatz von Frauen aus den verschiedenen Parteien kam es zu einer Neuformulierung bzw. Ergänzung einiger vorgeschlagener Verfassungsbestimmungen⁸ im Konventspräsidium. In den Änderungsvorschlägen wurde nicht der Begriff Gender Budgeting verwendet, sondern die Formulierung „tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männer“.

IV Einschätzung: Art und Ausmaß wie die Konvents-Vorschläge von der Legislative umgesetzt werden, ist zu Jahresbeginn 2006 nicht klarer geworden. Die Vorschläge zur Reform der Grundsätze in der Finanzverfassung beinhaltet jedenfalls die „tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männer, Gender Budgeting“ (S. 224, Bericht des Konvents, Teil 3, Beratungsergebnisse). Damit liegt hier die gleiche Forderung vor wie in der dargestellten Haushaltsrechtsreform, das Thema Gleichstellung gewinnt damit an Raum. Entscheidend wird aber die Operationalisierung der rechtlichen Grundsätze bzw. ob und inwieweit der rechtliche Rahmen seitens der Politik und der Verwaltung mit emanzipatorischen Zielen gefüllt wird. Die rechtlichen Änderungen und ihr politischer Umgang müssen von zivilgesellschaftlichen Initiativen mitgestaltet werden.

B) LÄNDERINITIATIVEN

B.1) Wien

Seit Juli 2005 gibt es eine formale Verankerung des Gender Budgeting in der Geschäftseinteilung des Magistrats (Abteilung Finanzwirtschaft, Haushaltswesen, Statistik). Der 12. Wiener Gemeinde-

⁸ B-VG Art. 51 Abs.6: Die nähren Bestimmungen über die Erstellung des Bundesfinanzgesetzes über die Haushaltsführung des Bundes sind nach einheitlichen Grundsätzen durch Bundesgesetz zu treffen. In diesem sind insbesondere die Erstellung des Haushaltes unter dem Gesichtspunkt der Förderung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern, [...] zu regeln. (Siehe Endbericht, Teil 4A, Textvorschläge, S. 97ff)
http://www.konvent.gv.at/pls/portal/docs/page/K/DE/ENDB-K/ENDB-K_00001/imfname_036113.pdf

bezirk war „Pilot-Bezirk“ für die ersten Schritte hin zum GB⁹. Eine Arbeitsgruppe zu Gender Budgeting arbeitet an der Entwicklung von Indikatoren, mit denen die Budgetposten des Zentralhaushaltes der Gemeinde Wien in Zukunft bewertet werden sollen¹⁰.

I. Zielsetzung:

- Institutionalisierung von GB durch politische Beschlüsse
- Sensibilisierung und Integration der Verwaltung in den Bezirken
- Durchführung geschlechtsspezifischer Nutzenanalyse jene Angelegenheiten, die durch den Bezirk (Pilotbezirk Meidling) zu steuern sind.
- Aufbereitung von Grundlagen und Informationen für die politischen EntscheidungsträgerInnen
- Ansatzpunkte entwickeln für die Implementierung von GB in allen Wienern Bezirksbudget.

II. Zielgruppe: Verwaltungsebene und politische EntscheidungsträgerInnen auf Gemeinde und Bezirksebene.

III. Analyseergebnisse:

- Ausgewählte Aktivitäten der Geschäftsgruppen bzw. die LeistungsbezieherInnen der angebotenen Leistungen wurden – sofern vorhanden – auf Frauen und Männer bzw. Buben und Mädchen getrennt aufgelistet (VA 2006, S. 257ff).
- Die Auflistung ist teilweise in Form von Frauen- und Männeranteilen dargestellt und teilweise verbal dargestellt. Weiters wurden Datenlücken dokumentiert.

IV. Einschätzung

- Die ambitionierte Zielsetzung für alle Ausgabenbereiche eine Genderanalyse durchzuführen, befindet sich am Beginn, da in de jeweiligen Geschäftsgruppen erst Beispiele angeführt sind.
- Die Analysen im Pilotbezirk bezogen sich bislang auf das (sofern datentechnisch mögliche) Aufzeigen der Anzahl von Nutzerinnen und Nutzer. Die mit der Nutzung der Bezirksleistungen verbunden indirekten Nutzeneffekte sind bislang noch nicht analysiert.
- Politische Zielsetzung bzw. die politische Veränderung die mit Gender Budgeting erreicht werden sollen sind nicht klar erkennbar.
- Die vorhandenen Analysen sind verwaltungsorientiert. Das ist aber weniger eine Schwachstelle die in Wien auftritt, sondern eine Einschränkung die Kapitel 4.4.3.kurz erläutert wird.

B. 2) Land Oberösterreich:

Hier werden drei Budgetbereiche (Bildung, Gesundheit und Sport) einer Gender Budgeting Analyse unterzogen¹¹. Die inkludierten Budgetpositionen orientieren sich dabei nicht an der finanzwirtschaft-

⁹ Ein Pilotbezirk wurde ausgewählt, weil „Die Bezirksebene ist jene Ebene kommunalpolitischen Handelns, wo sich ein Großteil des Alltags abspielt ...“ (MA 57, 2005, S.9). Der Bezirk ist verantwortlich für die Bereiche: Straßenbau und Verkehrssicherheit, Erhaltung und Ausstattung von Schulen und Kindergärten, öffentliche Grünanlagen, Spielplätze und Jugendsportanlagen, Friedhöfe, öffentliche Beleuchtung, bis hin zu PensionistInnenclubs.

¹⁰ Grundlagenarbeiten auf die aufgebaut werden können: IHS (2005) „Gendersensible Statistik“, Gender-Mainstreaming-Indikator (GMI) und dem GM-Syndex (Synthesis, 2005),

lichen Gliederung des oberösterreichischen Landeshaushalts, sondern es wurden drei Abteilungen ausgewählt, deren Ausgaben analysiert werden. Die Abteilung Sanitär- und Veterinärrecht und die Sanitätsdienst (Gesundheit) sowie die Abteilung Bildung, zu der auch die Landessportdirektion gehört. Die Pilotstudie fokussiert die Ausgaben der untersuchten Abteilungen. Hier bestehen auf Länderebene wesentlich mehr Handlungsspielräume als auf der Einnahmenseite.

I. Zielsetzung:

- Definition und Beschreibung der geschlechtsspezifischen Disparitäten,
- Festlegung von konkreten Zielkriterien anhand derer die Wirkungsweisen budgetärer Transaktionen und Prozesse auf die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen eruiert ist,
- Entwicklung von Indikatoren anhand derer die Zielerreichung gemessen werden kann,
- Vorschläge zur Entwicklung eines Maßnahmenbündels zur Überwindung der Geschlechterdisparitäten.

II. Zielgruppe: Landesverwaltung, Politische EntscheidungsträgerInnen in Oberösterreich

III. Analyseergebnisse: Die umfangreichen Ergebnisse in den untersuchten Bereichen sowie eine Evaluierung des Prozesses zur erfolgreichen Umsetzung von Gender Budgeting im Landeshaushalt sind im Mai 2006 veröffentlicht worden¹². Die Analyse beinhaltet sowohl theoretischen Neuerungen im Bereich vorhandener methodischer GB-Grundlagen oder die Neuentwicklung von Analyse-kriterien, als auch die empirische Anwendung dieser Methoden in den drei Untersuchungsbereichen. Darüber hinaus wurde für die Umsetzung von GB auch die wichtige Ebene der Prozessgestaltung festgehalten und analysiert (Schratzenstaller et. al. 2006).

IV. Einschätzung: Die Analyse zeigt, dass Gender Budgeting sich immer in einem Spannungsverhältnis befindet, das durch die Auswahl der Analysebereiche entsteht. Das öffentliche Gesundheitswesen ist beispielsweise föderalistisch organisiert: Der Bund, die Länder und Gemeinden sowie die Sozialversicherung tragen zur Finanzierung des Leistungsangebotes für die Versicherten-gemeinschaft bei. Die Anwendung von Gender Budgeting auf die Gesundheitsausgaben des Landes Oberösterreich bedeutet damit, dass nur ein bestimmter Ausschnitt der Gesundheitsausgaben analysiert wird ohne die Abhängigkeiten mit anderen öffentlichen Finanzquellen herzustellen. Die Bedeutung eines bestimmten Budgetausgabenposten für die Art und das Ausmaß der angebotenen öffentlichen Gesundheitsdienstleistungen bleibt dort unbestimmt, wo die föderale Finanzierungsstruktur stark ausgeprägt ist wie das Beispiel Gesundheit verdeutlicht¹³. Die Frage nach den NutzerInnen bzw. dem direkten und indirekten Nutzen der Gesundheitsleistungen ist damit nicht eindeutig beantwortbar. Die Gender Budgetanalyse entlang verwaltungsrelevanter Strukturen ist zwar für das Aufzeigen von Gestaltungsspielräumen wichtig, für die NutzerInnenanalyse sind damit aber Einschränkungen verbunden.

¹¹http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=27105&pub_language=-1&p_type=0

http://www.land-oberoesterreich.gv.at/cps/rde/xbc/SID-3DCFCFC3-F802DF9A/ooe/Gender_Budget_Final_Kurzfassung.pdf

¹² http://www.land-oberoesterreich.gv.at/cps/rde/xchg/SID-3DCFCFC3-0077E406/ooe/hs.xsl/36701_DEU_HTML.htm

¹³ Die angebotenen Leistungen der Krankenanstalten können nicht in einen direkten Zusammenhang mit den Landesmitteln gebraucht werden.

B. 3) EU-Projekt Gender Alp!

Das Projekt *Gender Alp* (<http://www.genderalp.at/>) ist Teil des EU-Programms Interreg III B "Alpine Space", bei dem 12 Städte und Regionen aus Österreich, Italien, Deutschland, Frankreich und Slowenien an neuen Strategien zur Umsetzung von Gender Mainstreaming arbeiten. Ziel der österreichischen PartnerInnen ist eine geschlechtergerechte Raumplanung und die Entwicklung geschlechtergerechter Indikatoren für öffentliche Förderungen (Land Salzburg); der Aufbau einer Wissensdatenbank und eines Netzwerkes auf Uni-Ebene (BOKU); die Integration eines Gender-Zugangs zur Erweiterung und Optimierung von zwei Industriezonen in NÖ, Gendersensible Regionalentwicklung am Beispiel Steyr-Kirchdorf und Gender Budgeting (OÖ, siehe Kapitel B.2). Die Projektlaufzeit reicht bis 2007.

C) WEITERE INITIATIVEN UND PROJEKTE

C. 1) Tulln

Die erste Initiative zum Sichtbarmachen von Frauen im Budget auf Gemeindeebene wurde von der grünen Gemeinderätin Liane Marecsek für die Gemeinde Tulln (14.000 EinwohnerInnen) durchgeführt. Es ging einerseits um die Analyse der Frauenanteile in den Gemeindeorganen und –verwaltung sowie andererseits um die Frage, wem die Ausgaben der Bereiche Verkehr und Straßenbau, Soziale und freie Wohlfahrt, Subventionen, Natur- und Landschaftsschutz zu gute kommen. Die Ergebnisse zeigen, dass Frauen auf der Gemeindeebene benachteiligt sind (Bergmann/Gubitzer/Klatzer et al, 2004, S.21).

C. 2) Salzburger Gemeinde: Dorfgastein

Eine Initiative der Grünen Frauen und der Grüne Bildungswerkstatt in Salzburg plant die Analyse des Budgets von Dorfgastein (Klatzer, 2005).

C. 3) Weitere Initiativen

Neben den namentlich genannten Projekten wächst die Anzahl der Initiativen auf den unterschiedlichen Ebenen der Verwaltung (die Stadt Graz plant beispielsweise die ersten Schritt von Gender Budgeting) und den politischen EntscheidungsträgerInnen.

4.2.3 MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN VON GENDER BUDGETING

Der Staatshaushalt ist nach wie vor das wichtigste wirtschaftspolitische Instrument der öffentlichen Hand, auch wenn staatliches Handeln mehr und mehr an Ansehen verliert bzw. sich die öffentliche Hand selber Handlungsspielräume nimmt. Zivilgesellschaftliche Gender Budgeting Initiativen zielen daher auf eine Neupositionierung der Staatsaufgaben und damit der Stateinnahmen und -ausgaben ab. Dies geht einher mit einer Neudefinition staatlichen Handelns. Es geht um eine stärkere demokratischen Mitgestaltung von Frauen, unter anderem bei der Zielsetzung und Strukturierung von Stateinnahmen und der Verwendung von Staatsausgaben, sowie beim Zugang zu und der Kontrolle von öffentlichen Budgets.

Die mit den Gender Budgeting verbundenen Möglichkeiten und Grenzen wurden bei den einzelnen Projekten andiskutiert. Insgesamt bewegen sich die ersten österreichischen Gender Budgeting Projekte in verschiedenen „Zwickmühlen“, diese sollen abschließend noch skizziert werden, da sie projektübergreifend virulent sind.

DILEMMA 1: SEHHILFE ODER SCHEUKLAPPEN GENDER BUDGETING?

Gender Budgeting als Analyse öffentlicher Haushalte ist an die Struktur der Haushalte gebunden. Öffentliche Ausgaben lassen sich nach unterschiedlichen Kriterien gliedern¹⁴. Die der Analyse zugrunde gelegte Gliederung definiert nicht nur den Blickwinkel, sondern auch den Radius der Analyse. Eine Gender Budget Analyse des öffentlichen Gesundheitswesens beispielsweise, die sich ausschließlich an den Bundesausgaben orientieren würde, erfasst nur einen kleinen Teil dessen, was der Bevölkerung als Gesundheitsdienstleistung gegenüber steht. Eine Analyse beginnend bei den angebotenen Dienstleistungen müsste die weitreichenden föderalen Finanzierungsstrukturen mitberücksichtigen. Dieses Spannungsverhältnis bzw. das Dilemma zwischen der verwaltungstechnisch wie politisch geprägter Budgetstruktur auf der einen Seite und der öffentlichen Leistungsstruktur auf der anderen Seite liegt den Gender Budgeting Analysen zugrunde. Weiters steigt mit zunehmendem Volumen der Ausgliederungen von Staatsaufgaben die Komplexität der Finanzierungsstrukturen von öffentlichen Leistungen und Einrichtungen und stellt Gender Budgeting Analysen vor neue Herausforderungen.

Die Ausgabenkategorien für Gender Budgeting stehen im Schnittpunkt recht unterschiedlicher Anforderungen: Zum einen müssen die Kategorien aus dem Haushalt entnommen werden können, damit ein direkter Zusammenhang zwischen Budgetausgabeposten und den Wirkungsweisen auf die NutznießerInnen gemacht werden kann. Zum anderen soll die Kategorisierung auch eine Verbindung mit den nachgelagerten Wirkungsbereichen, in der Analyse als Ergebnis der Inanspruchnahme der Leistungen, ermöglichen. Darüber hinaus müssen die Ergebnisse der Gender Analyse bzw. die Schlussfolgerungen auch an die EntscheidungsträgerInnen in der Budgetgestaltung adressiert sein, um mit den politischen Entscheidungsstrukturen verändert werden zu können.

DILEMMA 2: EMANZIPATORISCHES SPAREN DURCH GENDER BUDGETING?

Im Zuge von Budgetkonsolidierungsbemühungen traten Verteilungsfragen im Zusammenhang mit den durchgeführten Sparprogrammen wieder in den Vordergrund. Die vergangenen österreichischen Sparprogramme trafen Frauen überdurchschnittlich und verstärkten die Forderungen nach genaueren Analysen über die unterschiedliche Wirkungsweise von Ausgabenkürzungen. Gender Budgeting Analysen gewannen in diesem Zusammenhang an Bedeutung.

Das Thema Gender Budgeting wurde in Österreich nicht zuletzt durch die Erfahrungen der öffentlichen Ausgabenkürzungen etabliert, Gender Budgeting kam damit über Sparprogramme nach Österreich. Dem Rückzug des Staates und den sinkenden Staatsausgaben auf der einen Seite stehen die emanzipatorischen Forderungen des Gender Budgeting auf der andern Seite gegenüber. Damit sind Verteilungsfragen auf unterschiedlichen Ebenen angesprochen: Wo zieht sich der Staat aus seinen bisherigen Aufgabengebieten zurück? Wo kann dieser Rückzug mit Hilfe von Gender Budget gestoppt werden? Wo gelingt es, mittels Gender Budget Analysen die Staatsaufgaben neu zu definieren? Wer trägt die Kosten der Veränderungen?

DILEMMA 3: BESCHÄFTIGUNGSTHERAPIE GENDER BUDGETING?

Der Erfolg von Gender Budgeting hängt vom politischen Willen zur Veränderung ab. Die in Österreich entwickelten Gender-Budgeting Ansätze brauchen sowohl inhaltliche wie auch prozesstechnische Rahmenbedingungen, die von den gegenwärtigen Budgeterstellung- und Vollziehungsschritten abweichen. Die Projekte auf Bundes- und Landesebene in Österreich lassen keine eindeutige politische Zielsetzung erkennen, auch wenn in einigen Bereichen verstärkt gendersensible Statisti-

¹⁴ Gliederungen sind funktional (Öffentliche Ordnung, Bildung, Gesundheit etc), finanzwirtschaftlich (Personal, Anlagen, Förderungen), ökonomisch (Sachaufwand, Personalaufwand, Zinsen etc.), u.a.

ken erstellt werden. Damit eine Neugestaltung der Analysegrundlagen von Budgets im Sinne einer höheren Geschlechtergerechtigkeit nicht zu einer Beschäftigungstherapie für Verwaltung und Forschung wird, braucht es eine sowohl nach innen als auch nach außen erkennbare politische Zielsetzung die mit Gender Budgeting erreicht werden soll.

CHANCEN UND GRENZEN VON GENDER BUDGETING

Gender Budgeting bedeutet eine Neuausrichtung und neue Ziele bzw. Anstrengungen auf unterschiedlichen Ebenen und Bereichen:

- Es braucht eine verstärkte Sensibilisierung für die gender-spezifischen Auswirkungen aller Politikbereiche, einzelner Politikvorhaben bzw. der Budgetpolitik insgesamt.
- Es braucht explizit formulierte Gleichstellungsziele seitens Regierungen, Verwaltungseinheiten, politischen Parteien, die mit Hilfe von Gender Budgeting erreicht werden sollen.
- Die Herbeiführung von Veränderungen bei Politiken und Budgeterstellungprozessen im Sinne einer Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Stellung von Frauen und mehr Gendergerechtigkeit durch stärkere Partizipation der Betroffenen.

Internationale Erfahrungen zeigen, dass gendergerechte Budgets dort erreicht werden können, wo es sowohl innerhalb als auch von außerhalb der Regierung Unterstützung und Zusammenarbeit gibt. Im Sinne der grundlegenden Zielsetzung, mittels Gender Budgets erhöhte Transparenz und Partizipation in Bezug auf den gesamten Budgetprozess zu erlangen, ist daher eine laufende Kooperation in den verschiedenen Stadien des Budgetprozesses – von der längerfristigen Budgetplanung bis hin zur Evaluierung – von grundlegender Bedeutung. Eine breite Unterstützung und Einbindung von „systemeigenen“ und „systemfremden“ ExpertInnen stellt sicher, dass sowohl das technische Potential also auch die notwendigen Ressourcen (materiell wie auch inhaltlich) vorhanden sind.

Die Grenzen von Gender Budgeting sind zahlreich: Neben den Ressourcenbeschränkungen (Verfügbarkeit von Zeit und Geld) und den über weite Strecken fehlenden Datengrundlagen braucht es auch Informationen darüber, welche Machtstrukturen neben den offiziellen Gremien Einfluss auf den Budgetprozess nehmen können.

Der Erfolg und die Qualität von Gender Budgeting Projekten hängen wesentlich vom politischen Veränderungswillen und der Kooperation zwischen den politischen EntscheidungsträgerInnen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, wie der Watchgroup. Gender und öffentliche Finanzen, ab.

Literatur

Angelo, Silvia; Bergmann, Nadja; Lunzer, Gertraud; Mayrhuber, Christine; Schlager, Christa (2003): *Engendering Budgets – Problemaufriss für Österreich*, in: Kurswechsel 1/2003, Wien.

Beigewum (2002): *Frauen Macht Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive*, Mandelbaum Verlag, Wien, [Zitiert als: Frauen macht Budgets].

Beigewum (Hg.) (2000): *Mythos Nulldefizit. Alternativen zum Sparkurs*, Wien.

Bergmann, Nadja; Gubitzer, Luise; Klatzer, Elisabeth; Klawatsch-Treitl, Eva; Neumayr, Michaela (2004): *Gender Budgeting. Handbuch zur Umsetzung geschlechtergerechter Budgetgestaltung*, Wien, [Zitiert als: Handbuch Gender Budgeting].

Bundesministerium für Finanzen (2002): *Ist das Österreichische Steuersystem tatsächlich „geschlechtsneutral“? Ergebnis eines Lohn- und Einkommensteuer-Vergleichs Männer-Frauen*, Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming im BMF, www.bmf.gv.at.

- Europäische Kommission (2003): *Beratender Ausschuss für Chancengleichheit von Frauen und Männern: Opinion on Gender Budgeting*, Brüssel, Mai 2003, http://europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp/strategy/advcom.html (Download am 10.8.2003).
- Europäisches Parlament (2003): *Report on gender budgeting – building public budgets from a gender perspective*, A5-0214/2003 final, PE 331.543.
- Gubitzer, Luise; Trukeschitz, Birgit (Hg.) (2004): *Frauen und Budget*, Peter Lang, Frankfurt/Main.
- Klatzer, Elisabeth (2002): *Engendering Budgets. Ein wichtiger Beitrag zur Demokratisierung der Wirtschaftspolitik und ein zentrales Instrument einer umfassenden Gender-Mainstreaming Politik*, in: Kurswechsel, 1/2002, Wien, 78-89.
- Klatzer, Elisabeth (2003): *Einfluss nehmen auf die Budgetpolitik! Internationale Initiativen und Erfahrungen mit Engendering Budgets*, in: Fraktion Bündnis 90 (2003) (Hg), Sperriger Name – lohnendes Ziel: Gender Budgeting. Dokumentation einer Veranstaltung im Landtag Nordrhein-Westfalen im September 2002, Düsseldorf.
- Klatzer, Elisabeth (2003): *Und wo bleiben die Finanzen? Gender Budgeting als Herzstück von Gender Mainstreaming*, in: Schacherl, Ingrid (2003) (Hg), Gender Mainstreaming. Kritische Reflexionen, Sozial- und Kulturwissenschaftliche Studententexte, Band 8, Studia Universitätsverlag, Innsbruck.107-128.
- Klatzer, Elisabeth (2003): *Geschlechtergerechtigkeit als Kernthema der Budget- und Wirtschaftspolitik: Theorie und Praxis von Engendering Budgets*. Dissertation, WU Wien,
- Klatzer, Elisabeth (2004): *Gendergerechte Budgetgestaltung – Gender Budgeting in Österreich, Überblick und Ausblick*, in: Hg. MA57, Gender Budgeting 2004. Wege zur geschlechtergerechten Verteilung öffentlicher Gender und Leistungen, Wien.
- MA 57 (2005): *Gender Budgeting Pilotbezirk*, Wien.
- Michalitsch, Gabriele (2006): *Die neoliberale Domestizierung des Subjekts. Von den Leidenschaften zum Kalkül*, Reihe: Politik der Geschlechterverhältnisse, Band 23, Campus.
- Michalitsch, Gabriele (2005): *Final Report of the Group of Specialists on Gender Budgeting: Guidelines on Gender Budgeting for the Council of Europe Member States* (EG-S-GB (2005) RAP FIN), Strasbourg (im Erscheinen), (Co-Autorin)
- Michalitsch, Gabriele (2004): *L'état c'est lui. Budget-Entwürfe feministischer Theorie*, in: Luise Gubitzer/Birgit Trukeschitz (Hg.): *Frauen und Budget*, Frankfurt/Berlin/Bern, 71-83.
- Michalitsch, Gabriele (2003): *Wer, wie viel, für was? Gender Budgeting und öffentliche Finanzen*, in: Regina Maria Dackweiler/Ursula Hornung (Hg.): *Frauen-Macht-Geld*, Münster, 228-244.
- Michalitsch, Gabriele (2001): *Budgetäre Imperative patriarchaler Restrukturierung, Über geschlechterpolitische Defizite*. In: Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik (Hg.): *Wirtschafts- und sozialpolitische Alternativen zum Regierungsprogramm*. Wien.
- Michalitsch, Gabriele (2000): *Jenseits des homo oeconomicus? Geschlechtergrenzen der neoklassischen Ökonomik*, in: Krondorfer, Birge/Mostböck, Carina (Hg.): *Frauen und Ökonomie*. Oder: Geld essen Kritik auf. S. 91–104.
- Schratzenstaller, Margit, Mayrhuber, Christine, Neumayr, Michaela, Buchinger, Birgit, Gschandtner, Ulrike (2006), *Gender Budget Analyse für Oberösterreich*. http://www.landoberoesterreich.gv.at/cps/rde/xchg/SID-3DCFCFC3-AE8DFF8F/ooe/hs.xsl/36705_DEU_HTML.htm
- Voranschlag 2006, <http://www.wien.gv.at/finanzen/budget/va06/index.htm>
- Wroblewski, Andrea; Leitner, Andrea; Steiner, Peter (2004), *Gendersensible Statistik. Vom Sex-Counting zur Genderanalyse*, IHS, 2004.